

# SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen Solothurn stark!

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



## Delegiertenversammlung vom 23. April 2024

Zukunftsweisende Entscheidungen

An der kantonalen Delegiertenversammlung vom 23. April 2024 in Lostorf wurden für die kommende Abstimmung die Parolen gefasst, die Regierungsräte gaben bekannt, ob sie wieder für die Regierungsratswahlen antreten, und Geschäftsführerin Franziska Hochstrasser wurde verabschiedet (weiter auf Seite 3).

# Inhalt

- 3–8 Solothurner Freisinn
- 9–11 Gesundheitsinitiativen
- 12 Kommunalwahlen im Tessin
- 13 Ausblick Sommersession
- 14/15 FDP Frauen
- 16/17 FDP Basis
- 18/19 FDP Urban
- 20 KMU-Sicht
- 21 Jungfreisinnige
- 22 NZZ-Interview Thierry Burkart
- 23 Kolumne Johanna Gapany



## Gesundheitsreformen unter der Lupe

### Risiken und Nebenwirkungen

#### Liebe Freisinnige

Wir stehen mitten im Abstimmungskampf zu zwei «Gesundheitsinitiativen», die diesen Namen gar nicht verdienen. Beide Initiativen nehmen zwar echte Sorgen der Bevölkerung auf. Sie liefern aber keine Lösung, weder für ein besseres Gesundheitssystem noch gegen steigende Kosten. Die Prämienentlastungsinitiative der SP führt zu einem Finanzierungsbedarf von bis zu 11,7 Mrd. Franken. Steuererhöhungen wären unumgänglich und KMU und Mittelstand würden einmal mehr zur Kasse gebeten. Die Kostenbremse-Initiative der Mitte führt zur Zweiklassenmedizin, weil Leistungen im Gesundheitswesen rationiert werden müssen. Anstatt einer Kostenersparnis drohen wegen des möglichen Verzichts auf moderne Behandlungsmethoden und Medikamente sogar Folgekosten.

#### Über 1200 Franken Mehrkosten pro Haushalt!

Derzeit diskutiert die Schweiz die Finanzierung der vom Volk beschlossenen 13. AHV-Rente. Klar ist, dass die angenommene Initiative per 2026 umgesetzt werden muss. Bei der Suche der benötigten 5 Milliarden muss ein seriöser Sparprozess im Bundeshaushalt im Vordergrund stehen, erst danach soll die Diskussion über weitere Massnahmen starten. Sollte nun aber die Prämienentlastungsinitiative angenommen werden, steht schon heute fest, dass wir nicht um bedeutende Steuererhöhungen herumkommen. Allein für die Mehrwertsteuer droht für einen durchschnittlichen Haushalt eine Zusatzbelastung von bis zu 1200 Franken pro Jahr! Darüber hinaus muss mit Erhöhungen der Kantonssteuern gerechnet werden.

#### Kostenbremse entpuppt sich als Gesundheitsbremse

Die «Kostenbremse» bremst die Gesundheitsver-

sorgung aus. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. Denn der starre Sparzwang zwingt Ärzte und Spitäler, Leistungen zu rationieren. Wer wenig Geld hat, wartet am längsten. Die «Kostenbremse» führt zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin.

#### Gegenvorschläge wirken gezielter und rascher

Das Parlament hat als Alternative zu beiden extremen Initiativen vernünftige Gegenvorschläge beschlossen, die bei Ablehnung der Initiativen zum Zug kommen. Einerseits werden die Kantone dazu verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Das führt zu einer Entlastung von rund 360 Mio. Franken pro Jahr und respektiert den Föderalismus. Andererseits werden klare Kostenziele in der obligatorischen Krankenversicherung eingeführt. Dadurch wird das Kostenwachstum auf ein effizientes Mass beschränkt.

#### Gesundheit ist das höchste Gut

Es gilt, die gefährlichen Risiken und Nebenwirkungen dieser zwei süffig daherkommenden Initiativen genau zu betrachten. Der Leistungsabbau wie auch die absehbaren Mehrwertsteuererhöhungen auf über 10% wird die Schwächsten und den Mittelstand besonders betreffen. Darum empfehle ich Ihnen 2x Nein zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative.

Ihr Thierry Burkart  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Bilder Michel Lüthi, bilderwerft.ch



# Zukunftsweisende Entscheidungen

Delegiertenversammlung in Lostorf

## Parolen für kommende Abstimmung

Kantonsrat Daniel Cartier stellte die Prämien-Entlastungs-Initiative und die Kostenbremse-Initiative vor. Ein ausführliches Argumentarium von Stefan Nünlist, Kantonsrat und Parteipräsident, ist in dieser Ausgabe auf Seite 5 zu finden.

Kantonsrat Martin Rufer stellte die Vorlage zur Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes vor. Sie wurde von den kantonalen Delegierten klar angenommen.

Kantonsrat Daniel Probst stellte die Initiative für Freiheit und körperliche Unversehrtheit vor. Sie wurde von den kantonalen Delegierten klar abgelehnt.

## Regierungsratswahlen 2025

Die kantonalen Delegierten der FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn wurden darüber informiert, dass Remo Ankli nicht mehr für die Regierungsratswahlen 2025 antritt. Regierungsrat Peter Hodel stellt sich wieder zur Wahl.

Remo Ankli war von 2005 bis 2013 Mitglied des Kantonsrates und wurde 2013 in den Regierungsrat gewählt. Er war während fast 12 Jahren Vorsteher

des Departements für Bildung und Kultur. An der kantonalen Delegiertenversammlung in Lostorf informierte er die Freisinnigen, dass er sich nicht mehr für eine vierte Amtsperiode zur Verfügung stellen wird. Remo Ankli erklärt: «Ich habe drei Legislaturperioden als Regierungsrat gemacht und mich nach reiflicher Überlegung entschieden, 2025 nicht mehr anzutreten. Während 12 Jahren wurde ich im Amt gefordert und durfte Verantwortung in unserer Regierung tragen. Diese Arbeit hat mir enorme Freude bereitet, sie ging aber nicht spurlos an mir vorbei. Ich kam jung in dieses Amt, werde nächstes Jahr 52 Jahre alt und möchte nochmals eine neue berufliche Herausforderung angehen.»

Parteiintern wird nun eine Findungskommission eingesetzt, welche sich auf die Suche für die Nachfolge von Remo Ankli macht.

Landamman Peter Hodel stellt sich im kommenden Jahr wieder zur Wahl. Er wurde 2021 in den Regierungsrat gewählt und übernahm das Finanzdepartement. Peter Hodel erläuterte: «Ich unterstütze den Entscheid von Remo Ankli zu 100 Prozent, auch wenn ich es bedaure, ihn als Regierungsratskollegen zu verlieren. Mein Einstieg als

Regierungsrat wurde mir mit ihm an der Seite erleichtert. Ich politisiere mit Herzblut und Leidenschaft. In meiner bisherigen Amtszeit im Regierungsrat konnte ich interessante Aufgaben anfangen und ich möchte diese gerne auch weiterführen. Für unsere Bürgerinnen und Bürger möchte ich als Finanzchef das Beste rausholen, damit wir weiterhin einen attraktiven und lebenswerten Kanton haben. Es würde mich freuen, weiter im Regierungsrat tätig zu sein, und ich schätze die Zusammenarbeit in diesem Kollegialsystem.»

Mit lang anhaltendem, stehendem Applaus verdankten die Delegierten die herausragende Arbeit von Remo Ankli. Mit dem Ausscheiden von Remo Ankli aus der Regierung per Ende Legislatur wird der Kanton einen hervorragenden Regierungsrat, Bildungs- und Kulturdirektor verlieren, der mit enormer Schaffenskraft, persönlicher Integrität und Menschlichkeit die Geschicke unseres Kantons mitgeprägt hat. Mit Freude wurde die Bereitschaft von Peter Hodel zur Kenntnis genommen, zu einer weiteren Legislatur anzutreten.

## Verabschiedung

Stefan Nünlist, Kantonsrat und Parteipräsident, verabschiedete Franziska Hochstrasser. Sie hat während fünf Jahren das Parteisekretariat geleitet und wird noch bis Ende Juni dort tätig sein.

Zum Abschluss dankte Stefan Nünlist der Ortspartei Lostorf für die ausgezeichnete Organisation der Delegiertenversammlung und den herzlichen Empfang.

## Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin



Remo Ankli hat sich entschieden, 2025 nicht mehr anzutreten.



# Rückblick

## 1:85-Initiative

Im März 2024 konnte das Solothurner Stimmvolk über die 1:85-Initiative der Freisinnigen befinden. Mit dieser hätte der Ausbau der Stellen beim Kanton an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden sollen. Auch wenn das Anliegen mit 55% Nein-Stimmen abgelehnt wurde, konnte die FDP weit über ihren Wähleranteil von 25% punkten. Und die Idee einer Begrenzung des Staatsapparates bleibt aktuell. Die Gründe dafür kennen die Kantonsräte Sabrina Weisskopf, FDP-Vizepräsidentin, und Stefan Nünlist, Kantonalpräsident.

**Sabrina:** Während der Corona-Pandemie wurden in unserer Verwaltung, wie überall sonst, viele neue Stellen geschaffen. So kamen wir auf die Idee, hier genauer hinzuschauen, und realisierten, dass der Ausbau der kantonalen Verwaltung bereits vorher ein Problem war. Deshalb suchten wir nach Lösungsansätzen.

**Stefan:** Zuerst versuchten wir, unseren Kanton mit andern zu vergleichen. Das ist aber hoffnungslos, da die Aufgaben ja nach Kanton sehr unterschiedlich verteilt sind. So schauten wir die Zeitachse an und stellten fest, dass die Stellen beim Staat in den letzten zehn Jahren doppelt so rasch gewachsen sind wie die Bevölkerung. Eine Korrelation zwischen Bevölkerung und staatlichen Stellen herzustellen fanden wir plausibel, gibt's da doch klare Abhängigkeiten. So kamen wir auf 1:85.

**Sabrina:** 1:85 ist das Verhältnis von Staatsstellen zur Bevölkerungszahl vor Corona. Auf 85 Einwoh-

nende kam eine Stelle. In der Zwischenzeit, 4 Jahre später, ist es leider schon eine Staatsstelle auf 82 Einwohner. Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut, trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.

**Stefan:** Wir wollen mit unserer Initiative gegen die Bürokratie vorgehen. Dass die Administration immer wächst, ist kein Naturgesetz. Selbstverständlich haben wir unseren Vorschlag so flexibel ausgestaltet, dass auch weiterhin Ausnahmen möglich gewesen wären, so zum Beispiel bei der Übernahme von zusätzlichen Aufgaben vom Bund.

**Sabrina:** Bereits in der Kantonsratsdebatte zeichnete sich ab, dass Mitte-links, wie auch der bürgerliche Regierungsrat dem Vorhaben ablehnend gegenüberstehen. Eine Mehrheit des Parlaments und der Regierungsrat zieht es vor, den Staatsapparat ohne Schranken weiter aufzublähen. Im Abstimmungskampf haben wir bewusst auf ein etwas

polarisierendes Sujet unter dem Motto «Rennpferd statt Amtsschimmel» gesetzt. Dies hat uns Kritik, aber auch viel Zustimmung gebracht: ein Freisinn, der kämpft, mit Ecken und Kanten

**Stefan:** Unsere Gegner haben vor allem mit Angst operiert und einen drohenden Abbau von Leistungen und 140 Stellen ins Feld geführt. Dies, obwohl in den kommenden Jahren über 500 Staatsangestellte in den Ruhestand gehen. Vor allem bei den Staatsangestellten hat dieses Angstargument verfangen. Jetzt steht dafür eine Spar- und Verzichtsplannung an, die für den Kanton, seine Angestellten, die Gemeinden und die Bevölkerung schmerzhafter sein wird, als unser moderater Vorschlag, den Stellenetat vorausschauend zu bewirtschaften.

**Sabrina:** Rückblickend haben wir wohl etwas zu wenig versucht, den Dialog mit den Staatsangestellten und der politischen Mitte zu suchen und unser Anliegen vorab zu erklären. Dies nehmen wir fürs nächste Mal mit.

**Stefan:** Genau, wir bleiben am Thema dran. Auch wenn in der Solothurner Kantonsverwaltung an vielen Stellen sehr gut gearbeitet wird: Die Tendenz ist beunruhigend. Denn kurze Wege und eine bürgernahe Verwaltung sind einer der grossen Vorteile unseres Kantons. Das wollen wir aufrechterhalten, zu unserem Staat Sorge tragen und natürlich Bürokratie und staatliche Begehrlichkeiten bekämpfen. Nur Bürgerinnen und Bürger, die auch über Gestaltungsraum verfügen, können ihre Verantwortung und Freiheit wahrnehmen.

**Sabrina:** Genau. Und spätestens, wenn das Verhältnis Staatsstellen/Bevölkerung auf 1:75 schrumpft, werden wir erneut die Frage stellen, ob man diese Entwicklung nicht bremsen soll.

### Stefan Nünlist, Kantonsrat und Parteipräsident



Eine Delegation der FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn übergibt Urs Hammel, Personalchef des Kantons Solothurn eine Kiste Äpfel für einen gesunden und schlanken Kanton Solothurn.

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



## Richtige Diagnose – falsche Medizin

Präsidentiale Gedanken

Am 9. Juni stimmen wir über zwei Gesundheitsvorlagen ab. Die Mitte will die Gesundheitskosten an die Wirtschaftsentwicklung binden, die SP fordert mit der Prämienverbilligungsinitiative, dass niemand mehr als 10% seines Einkommens für Prämien ausgeben soll. Mit dem Thema Krankenkassenprämien treffen beide Initiativen den Nerv der Zeit, denn die Belastung durch die Krankenkassenprämien beschäftigt die Menschen in der Schweiz.

Doch so berechtigt der Kampf gegen zu hohe Prämien ist, die zur Debatte stehenden Lösungsvorschläge sind leider beide völlig verfehlt. Die Initiative der Mitte setzt zwar am richtigen Ort an, nämlich bei den Kosten an. Doch der Vorschlag ist nicht durchdacht. Er führt zwangsläufig zu einer Zweiklassenmedizin, einer Kontingentierung der medizinischen Leistung und durch die Anbindung an die Wirtschaftsentwicklung zum perversen Ergebnis, dass während einer Rezession auch die Gesundheitskosten entsprechend gesenkt werden müssten. Als ob es dann weniger Kranke gäbe. Die Mitte-Idee funktioniert nicht.

Populistisch und schon fast zynisch ist der Vorschlag der SP. Seit vielen Jahren verantwortet die SP die für die Gesundheit verantwortlichen Departemente im Bund und bei uns im Kanton Solothurn. An den Schalthebeln der Macht hätten es die SP-Funktionäre in der Hand, das stete Wachstum der Prämien einzudämmen und die medizinische Grundversorgung mit Hausärztinnen, Physio und Spitez zu gewährleisten. Doch stattdessen wird der Leistungskatalog der Grundversicherung kräftig ausgebaut, Regulierung und Bürokratie überbor-

den, wegen fehlender Spitalplanung rutschen die Spitäler in tiefrote Zahlen, die längst fällige Überarbeitung der Tarife und die versprochenen kostendämpfenden Massnahmen werden auf die lange Bank geschoben.

**«Mit der Annahme der Prämien-Initiative wird der Mittelstand weiter geschröpft.»**

Die Annahme der SP-Prämien-Initiative würde unseren Kanton zusätzlich 32 Millionen Franken kosten. Und das in einer Zeit, wo unserem Kanton ein Defizit von über 112 Millionen ins Haus steht. Wie die Regierung selbst schreibt, wäre eine Erhöhung der Steuern die unmittelbare Folge. Wenn dann unsere Gesundheitsdirektorin am 1. Mai mit der Parole «Löhne rauf und Prämien runter» durch Olten zieht, so ist das eine Ohrfeige für alle Solothurnerinnen und Solothurner, die jeden Tag Ver-

antwortung übernehmen, ihren Pflichten nachkommen und diesen Staat mit ihren Steuern finanzieren. Bereits heute gehen 55% der Staatssteuereinnahmen der natürlichen Personen an die Spitalkosten und die Prämienverbilligungen. Oder mit anderen Worten: Mit der Annahme der Prämien-Initiative wird der steuerzahlende Mittelstand weiter geschröpft. Nein, SP, so nicht.

Eine nachhaltige, finanzierbare Gesundheitsversorgung erreichen wir nur durch ein Masshalten im Leistungskatalog der Krankenversicherung, die Förderung und Wertschätzung der Hausarztmedizin, eine überregionale Spitalplanung und etwas mehr Selbstverantwortung von uns Bürgerinnen und Bürgern im Bezug von spezialärztlichen Leistungen. Das ist zwar mühsam, aber leider der einzige und ehrliche Weg, um das Problem in den Griff zu kriegen. Darum, liebe Freisinnige, bitte ich euch um ein beherztes NEIN zu diesen beiden auf Umverteilung und Augenwischerei basierenden Initiativen.

**Mit herzlichem Dank und frohem Gruss,  
Stefan Nünlist**

Oben v. l.: Jonas Weber, Roman Schöll, Matthias Scheidegger. Unten v. l.: Emrecan Deger, Melanie Racine, Gina Rizzoli, Misra Canbaz.



Der bisherige Vorstand wurde an unserer Generalversammlung im März 2024 mit Ausnahme von Samuel Dürr wiedergewählt. Unser ehemaliger Kassier, Samuel Dürr, durfte sein Amt an Jonas Weber übergeben. Jonas ist in Erlinsbach wohnhaft und absolviert zurzeit den Passerellen-Lehrgang in Solothurn. Ab Herbst 2024 beginnt er sein BWL-Studium an der Universität St. Gallen.

#### Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Melanie Racine, Präsidentin
- Matthias Scheidegger, Vizepräsident
- Gina Rizzoli, Events und Personelles
- Misra Canbaz, Social Media und Events
- Emrecan Deger, Personelles und Administration
- Roman Schöll, Kommunikation
- Jonas Weber, Kassier

Wir danken Samuel Dürr für sein langjähriges Engagement für unsere Partei als Kassier. Der Vorstand freut sich darauf, sich auch im kommenden Jahr tatkräftig für die liberalen Werte im Kanton Solothurn einzusetzen.

**Jonas Weber,**  
Vorstand Jungfreisinnige Kanton Solothurn

#### Ehrenmitgliedschaft

Wir freuen uns, dich über unsere aktuellste Statutenänderung zu informieren: Als Solothurner Freisinnige(r) über 35 Jahre hast du neu die Möglichkeit, Ehrenmitglied der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn zu werden. Eine ehemalige Mitgliedschaft bei den JFSO ist hierfür nicht notwendig.

#### Deine Vorteile:

- Geniesse als Ehrenmitglied Zutritt an sämtliche Parteianlässe der Jungfreisinnigen Solothurn.
- Du hast das Recht, Anträge an unseren Vorstand zu stellen – deine liberalen Ideen und Vorschläge sind willkommen.
- Fördere und vernetze dich mit der liberalsten Jungpartei im Kanton Solothurn.

Profitiere und unterstütze uns noch heute unter:  
[jfs0.ch/ehrenmitgliedschaft](https://jfs0.ch/ehrenmitgliedschaft) – wir freuen uns!



# Ein Frühlingsanlass mit einem Hauch von «Gras» in der Luft

FDP Frauen Kanton Solothurn

Der diesjährige Frühlingsanlass der FDP Frauen Kanton Solothurn fand in der Alten Gärtnerei in Härkingen statt und lud interessierte Teilnehmerinnen aus dem ganzen Kanton zu einem gemütlichen, informativen und mediterranen Abend ein. Die beiden Co-Präsidentinnen blicken erfreut auf den Abend zurück, der ausnahmsweise in ihrer Region stattfand.

Wenn der Frühling Einzug hält, erwacht nicht nur die Natur, sondern auch die Diskussionen über politische Themen werden lebendig. In diesem Jahr bot der Frühlingsanlass der Frauen in den Räumlichkeiten der Alten Gärtnerei in Härkingen eine einzigartige Gelegenheit, die Schönheit der Jahreszeit mit einem strittigen Thema zu verbinden: die Legalisierung von Cannabis.

Mit einem Augenzwinkern und einem Hauch von Kontroverse luden die FDP Frauen unter dem Titel «Einen Joint drehen» ihre freisinnigen Mitglieder ein, nicht nur die üppige Pracht des Frühlings zu geniessen, sondern auch die angrenzende Cannabis-Plantage (THC-haltig) zu erkunden. Ein ungewöhnlicher, aber faszinierender Schauplatz für eine politische Veranstaltung, der die Diskussion über die Legalisierung von Cannabis auf eine ganz neue Ebene hob.

Der Frühlingsanlass erwies sich als voller Erfolg, wie die Co-Präsidentinnen freudig bekannt gaben. Ein bunter Mix aus Teilnehmerinnen strömte in die Alte Gärtnerei. Doch der Anlass war nicht nur theoretischer Natur mit dem Inputreferat der jungfreisinnigen Nadine Racine; er war auch von praktischem Interesse mit der Führung durch die Plantage unter der Leitung von Andreas Büchli. Die Referate über die Legalisierung und die Führung durch eine Plantage erwiesen sich als ebenso informativ wie inspirierend. Unter anderem wurde die Bedeutung von THC-haltigem Cannabis für die Medizin hervorgehoben. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass bestimmte Verbindungen in Cannabis, insbesondere THC, eine Vielzahl von medizinischen Anwendungen haben, von der Schmerzlinderung bis zur Behandlung von Krankheiten wie Epilepsie und multiple Sklerose.

Aus einer liberalen politischen Perspektive heraus ist die Legalisierung von Cannabis ein wichti-

ger Schritt. Sie ermöglicht nicht nur den Zugang zu medizinischen Behandlungen für Patienten, sondern bekämpft auch den illegalen Drogenmarkt und entlastet die Justizsysteme. Darüber hinaus kann eine regulierte Cannabis-Industrie Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen. Zu dieser Erkenntnis kamen unsere Jungfreisinnigen im Kanton bereits und haben mittels Unterschriftensammlung zu einer Initiation der Standesinitiative geführt. Das Geschäft wurde zwar durch die eidgenössischen Räte abgelehnt, dies aber mit dem Hinweis, dass bereits ein parlamentarischer Prozess einer Subkommission aufgegleist ist.

Die Entscheidung, die Veranstaltung in der Nähe einer Cannabis-Plantage abzuhalten, mag für einige gewagt erscheinen. Doch genau diese gewagte Entscheidung ermöglichte es den Teilnehmenden, die Realität des Themas aus erster Hand zu erleben und die Auswirkungen der Politik direkt vor Ort zu erkunden. Es war eine Gelegenheit, die Schönheit des Frühlings mit einer wichtigen politischen Debatte zu verbinden und dabei sowohl die medizinischen als auch die gesellschaftlichen Aspekte der Legalisierung von Cannabis zu beleuchten.

Am Ende des Tages war der Frühlingsanlass der FDP Frauen Kanton Solothurn nicht nur eine Gelegenheit, die Schönheit des Frühlings zu feiern, sondern auch eine Chance, wichtige politische Fragen zu diskutieren und zu reflektieren. Es war ein Ereignis, das sicherlich noch lange in Erinnerung bleiben wird – nicht nur wegen der blühenden Landschaft, sondern auch wegen der lebhaften Diskussionen und der inspirierenden Atmosphäre.

**Karin Oertlin und Merve Zejnula,**  
Co-Präsidentinnen  
FDP Frauen Kanton Solothurn

Impressionen Frühlingsanlass



# Der Erbfolgekrieg

## Kolumne

Er lebt zwar noch. Aber der Streit um sein politisches Erbe ist bereits entbrannt. Die Rede ist von Christoph Blocher, SVP-Ikone, SVP-Legende oder je nach modischem Sprachgebrauch auch «Übervater» genannt. Sein berufliches Erbe, die EMS-Chemie, hat er nach seiner Wahl in den Bundesrat bereits seiner Tochter Magdalena Martullo-Blocher vermacht, ein Unternehmen, das diese seither erfolgreich führt. 2015 eroberte sie, zwar weiterhin wohnhaft im Kanton Zürich, für die SVP eines der wenigen Nationalratsmandate Graubündens. Nachdem sich ihr Vater 2016 aus den Parteigremien der SVP zurückgezogen hatte, wurde sie gleich als Nachfolgerin in den Parteileitungsausschuss und zur Vizepräsidentin gewählt. Kein Wunder, dass Magdalena Martullo-Blochers Machthunger damit noch nicht gestillt ist.

Erfolgreich hat sie am Parteitag in Langenthal das Stromgesetz bekämpft und damit Bundesrat Röstli im Regen stehen lassen. Übergangen fühlt sich dabei auch Christian Imark. Er hatte bei der SVP die energiepolitische Marktlücke entdeckt und brachte praktisch im Alleingang das CO<sub>2</sub>-Gesetz zu Fall. Das hat ihn gleich zum energiepolitischen Parteisprecher befördert, eine Position, die er seither weidlich ausgekostet hat. Mit der Wahl von Albert Röstli zum Bundesrat hat sich seine Situation allerdings wesentlich verändert. Soll Imark nun nur noch Röstlis Sprachrohr werden, ihm gleichsam hinterherlaufen, wie das jahrelang Stefan Müller-Altermatt als Energieministrant bei Doris Leuthard getan hat? Jetzt hat die Infantin Martullo-Blocher aber auch ihn im Regen stehen lassen und inzwischen auch Imarks eigene Kantonalpartei.

Aber die Sache ist noch nicht ausgestanden. Bereits haben mehrere Kantonalparteien zum Stromgesetz eine anderslautende Parole beschlossen. So oder so wird es am 9. Juni nach der Volksabstimmung Verlierer bei der SVP geben, und zwar nicht wenige. Bereits bei der Volksabstimmung zur 13. AHV-Rente stammten, anders als von der Parteileitung angedacht, zahlreiche Ja-Stimmen auch von SVP-Wählerinnen und -Wählern. Warum? Die SVP ist die Partei der einfachen Lösungen. Und gab es in jüngster Zeit eine einfachere Frage als: Wollt ihr eine 13. AHV-Rente? Nun hat der SVP die Politik der einfachen Lösungen selber das Bein gestellt.



Beim neuen Stromgesetz greift die Politik der einfachen Lösungen zu kurz. Zudem melden die Berner, gestärkt durch einen eigenen Bundesrat, lautstark ihre eigenen Interessen an. Mit dem Schwyzer Marcel Dettling als Parteipräsident und

**«So oder so wird es am 9. Juni nach der Volksabstimmung Verlierer bei der SVP geben, und zwar nicht wenige.»**

dem Zuger Thomas Aeschi als Fraktionspräsident verlagert sich zudem das politische Machtzentrum einseitig in die Zentralschweiz. Werden die seit der erfolgreichen Volksabstimmung über den EWR-Beitritt massgebenden Zürcher in die zweite Reihe versetzt? Es bleibt abzuwarten, wie sich der «Erbfolgekrieg» weiterentwickelt und ebenso, wie lange noch viele Wählerinnen und Wähler bereit sind, der Partei der einfachen Lösungen ihre Stimme zu geben, ohne zu sehen, dass es politische Probleme gibt, die sich nicht mit ein paar Schlagworten lösen lassen.

**Urs Marti, Langendorf**

## Wechsel in den Ortsparteien

### Hägendorf

Patrick Rossi (neu) für Michel Frei

### Subingen

Remo Kissling (neu) für Michael Kummli

### Deitingen

Christian Scheuermeyer (neue Ansprechperson) für Jan Binzegger

Wir danken den zurückgetretenen Ortsparteipräsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

## AGENDA

### Sonntag, 9. Juni

Eidgenössische Abstimmung

### Mittwoch, 26. Juni

10.30 Uhr: Supporter Club, Besuch Kantonsrat/Rathaus

### Mittwoch, 14. August

19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung, Parktheater Grenchen

### Donnerstag, 22. August

15 Uhr: Jahreszusammenkunft Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte

**Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:**

[www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/](http://www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/)

Kampagnenbild des Komitees «2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen».



# Unsere Kranken warten lassen?

Nein, danke!

Mir geht es wie Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Wenn die Prämien steigen, ärgert mich das. Eine wachsende Zahl Menschen bringen die ständigen Prämienhöhungen zunehmend unter finanziellen Druck.

Im Juni stimmen wir nun über ein vermeintliches Wundermittel gegen steigende Gesundheitskosten ab: die sogenannte Kostenbremse-Initiative. Der Name klingt verlockend, doch die Forderung hat es in sich: Die Initiative will nichts anderes als die Verankerung eines Kostendeckels in unserem Gesundheitswesen. Von diesem rigiden Vorschlag rate ich dringend ab. Weshalb?

Wenn die Kosten in einem Jahr – aus welchen Gründen auch immer – zu stark steigen, wären Bundesrat, Kantone und Parlament per Verfassung gezwungen, Notmassnahmen zu ergreifen. Um die Kosten innert kürzester Zeit zu senken, stünden im Wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung.

### Mittelschicht bleibt auf der Strecke

Erstens die Rationierung von Leistungen. Ab November wäre Schluss mit Behandlungen (Notfälle ausgenommen) und es käme zu Wartezeiten, wie sie zum Beispiel in England heute schon traurige Realität sind. Die Kranken müssten warten. Die Wohlhabenden könnten sich wohl noch durchwursteln. Spätestens die Mittelschicht bliebe aber auf der Strecke. Die Folge: Zwei-Klassen-Medizin. Das ist der Schweiz nicht würdig und kein gangbarer Weg.

### Pflegepersonal unter Druck

Als zweite Möglichkeit könnte die Politik Notmassnahmen innerhalb des Systems ergreifen. Staatlich verordnete Lohnkürzungen beim Pflegepersonal oder noch längere Schichten wären in der kurzen Frist ein naheliegendes Szenario. Für solche Übungen biete ich keine Hand.

### Gegenvorschlag bietet massgeschneiderten Lösungen

Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle. Das Parlament hat deshalb viele Stunden investiert, um Sparpotenziale zu identifizieren und Fehlanreize abzubauen. Herausgekommen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Initiative mit massgeschneiderten Lösungen. Augenmass und Realitätssinn, das ist der Schweizer Weg. Und nicht ein starres Konstrukt auf dem Buckel der Kranken, Bedürftigen und Pflegenden. Deshalb: Nein zur Kostenbremse-Initiative der Mittepartei.

«Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle.»



**Damian Müller**, Ständerat LU und Präsident der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

Symbolbild: Adobe Stock



# Gigantische Kostenbombe für den Mittelstand

Nein zur Prämien-Initiative

Die Prämien-Initiative trifft den Nerv der Zeit: Endlich tiefere Prämien. Was verlockend klingt, ist aber brandgefährlich. Der Kostenpunkt der Initiative beläuft sich bereits 2030 auf 11,7 Milliarden Franken pro Jahr. Tendenz steigend! Das ist mehr als doppelt so viel, wie die 13. AHV-Rente kostet. Den Initianten scheint jede finanzpolitische Verantwortung abhandengekommen zu sein.

Mehrkosten in dieser Grössenordnung können nicht durch Sparmassnahmen finanziert werden – dies sagt auch der Bundesrat in seiner Botschaft. Für die Mehrkosten, die beim Bund anfallen, müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,3 Prozentpunk-



Symbolbild: Adobe Stock

te erhöht werden. Das Preisschild für den Mittelstand? Zusätzliche 1200 Franken pro Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt.

### Föderalismus in Gefahr

Auch der Föderalismus ist durch die Prämien-Initiative gefährdet. Heute sind primär die Kantone für die Gesundheitsversorgung und das Verteilen von Prämienverbilligungen zuständig. Mit der Initiative würde das System der Prämienverbilligungen von oben herab gleichgeschaltet und der Föderalismus aus dem Gesundheitswesen verdrängt werden. Die Initiative ebnet so den Weg für ein staatliches Gesundheitssystem.

### Reformen anstatt Symptombekämpfung

Weil die Prämien für gewisse Menschen tatsächlich ein Problem darstellen, die Initiative jedoch masslos über das Ziel hinausschiesst, hat das Parlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, der einen gezielten Ausbau bei den Prämienverbilli-

«Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen.»

gungen vorsieht, bezahlbar ist und den Föderalismus wahrt. Der politische Fokus für die nächsten Jahre muss aber klar sein: Anstelle von Symptombekämpfung sind Reformen innerhalb des Gesundheitssystems gefragt. Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die von der Bevölkerung geschätzte Qualität erhalten bleibt.



Josef Dittli, Ständerat UR und Mitglied der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

# FDP

Die Liberalen

## 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

Felix Gutzwiller erklärt warum

Am 9. Juni

# 2x NEIN

zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative

Zum  
Video



## Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

### 2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen

- > **Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt**  
Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.
- > **Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten**  
Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.

- > **Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten**  
Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.

**Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen**

[www.gesundheitsinitiativen-nein.ch](http://www.gesundheitsinitiativen-nein.ch)

## Gemeindewahlen im Tessin

Tessiner Kantonswappen am Kantonsparlament Palazzo delle Orsolino in Bellinzona. Bild: Adobe Stock



### Trotz neuer Konkurrenz

FDP behält Oberhand

«Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden.»

Die FDP im Tessin geht erhobenen Hauptes aus den Gemeindewahlen hervor. Die Gemeindewahlen 2024 im Tessin haben den ausgezeichneten Gesundheitszustand der FDP im Gebiet deutlich gemacht. Trotz des Aufkommens von Bürgerlisten und des Erscheinens neuer kleinerer politischer Kräfte überall hat sich die Partei als die massgebliche Kraft in der lokalen Politik des Kantons sowohl in den Exekutiven als auch in den Legislativen deutlich bestätigt.

In Bezug auf die Gemeinden konnte die FDP ihre bereits wichtige Präsenz weiter ausbauen, indem sie die Anzahl der Vertreter in den Exekutiven um vier erhöhte und einige Herausforderungen in den



Wahlplakat des PLR Tessin, 2023.

Städten gewann, wie zum Beispiel in Locarno, wo der Grossrat Nicola Pini erfolgreich zum Bürgermeister gewählt wurde. Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden. «Für uns war die entscheidende Kennzahl diejenige der Gemeinden und Bürgermeister, denn dort spürt man das grösste Gewicht der Gemeindeverwaltung. In diesem Sinne waren wir angenehm überrascht, wenn man bedenkt, dass wir viele offene Herausforderungen und eine beträchtliche Erneuerung hatten», betonte der kantonale Präsident Alessandro Speziali. Als Zeugnis für das positive Ergebnis dieser Wahl hat die FDP die absolute Mehrheit in einer wichtigen Gemeinde wie Ascona erlangt, die Position des Bürgermeisters in wichtigen Zentren wie Locarno,

Mendrisio, Chiasso und Biasca behalten und die Mehrheit in Bellinzona bestätigt.

Auch in Bezug auf die Wahl in die Gemeinderäte ist das Wahlergebnis der FDP positiv. Als Partei, die in vielen Gemeinden grosse Mehrheiten aufweist, hat das Aufkommen vieler kleinerer Listen das Ergebnis beeinflusst, aber die flächendeckende Präsenz der FDP im Tessin nicht beeinträchtigt. «Wir haben ein wenig unter dem Aufkommen dieser alternativen Listen gelitten, die einen Teil unserer Zustimmung erodiert haben, aber wir hatten es bereits eingeplant, weil es systemisch ist», kommentierte Alessandro Speziali weiter.



Massimo Schira, Geschäftsführer und Kommunikationsverantwortlicher PLR Ticino

Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart im Gespräch mit Ständerat Matthias Michel.  
Bild: Parlamentsdienste, 3003 Bern



# Die grosse Welt und die kleine Welt

Aktuelle Herausforderungen

An der Sommersession geht es um mehr Wohnungen, Migration und auch ein bisschen um Weltpolitik.

In der Schweiz muss mehr gebaut werden. Leider ist das vor allem in den Städten schwierig. Oft sind es Lärmschutzvorschriften, die neue Wohnungen verhindern. Und das, obwohl es Schallschutzfenster gibt und das Schlafzimmer nicht immer zur Strasse liegt.

### Libérale Lösungen für mehr Wohnraum

Das soll sich ändern, denn mit dem Umweltschutzgesetz geht ein für die FDP wichtiges Projekt in die Differenzvereinbarung. Wenn alles gut geht, werden sich National- und Ständerat bereits in der Sommersession einigen. Mit der Vorlage sollen die lärmrechtlichen Kriterien für Baubewilligungen klar definiert werden, um Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen. Für die FDP ist es wichtig, dass die innere Verdichtung im Siedlungsgebiet unter Berücksichtigung des Lärmschutzes ermöglicht wird. Wichtig ist auch, dass im Gesetz festgehalten wird, dass die Massnahmen gegen Aussen- und Innenlärm «wirtschaftlich verhältnismässig» sein müssen. Dies entspricht den Forderungen in verschiedenen Kantonen. So soll nach dem Willen der FDP in Zürich bald

auf jedes Haus ein Stockwerk gesetzt werden können. Eine liberale Lösung für mehr Wohnraum.

### Konkrete Lösungen für Sicherheitsprobleme

Die Sicherheitslage in den Asylzentren ist besorgniserregend und es darf nicht sein, dass Flüchtlinge die Konflikte ihrer Herkunftsländer in der Schweiz austragen. Um das System zu entlasten und die Schutzbedürftigen zu schützen, ist es zentral, dass Bundesrat Beat Jans endlich eine kohärente Rückführungsstrategie umsetzt. Sonst droht das Schweizer Asylwesen aus den Fugen zu geraten. Der Nationalrat wird in der Sommersession über drei Vorstösse der FDP entscheiden, die die Richtung vorgeben könnten. Die Motion Gössi verlangt, dass abgewiesene Asylsuchende aus Eritrea in Drittstaaten zurückgeführt werden können. Die Motion von alt Ständerat Philippe Bauer verlangt, dass die Migrationspartnerschaften überdacht und auf unsere Bedürfnisse ausgerichtet werden. Die Motion von Ständerat Andrea Caroni fordert Massnahmen gegen Ausländer in der Schweiz, die Gewalttaten begehen, um das Regime zu verteidigen, vor dem

«Für die FDP ist es wichtig, dass die innere Verdichtung im Siedlungsgebiet unter Berücksichtigung des Lärmschutzes ermöglicht wird.»

sie angeblich geflohen sind. Es ist höchste Zeit, dass die anderen Parteien diese Vorschläge unterstützen, um konkrete Lösungen für die Sicherheitsprobleme in den betroffenen Regionen zu finden und die gesellschaftliche Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem zu erhalten.

### Gute Dienste anbieten

Unmittelbar im Anschluss an die Session werden sich hochrangige Politiker aus aller Welt auf dem Bürgerstock zu einer Friedenskonferenz treffen. Die Konferenz soll eine Plattform für einen hochrangigen Dialog über Wege zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine auf der Grundlage des Völkerrechts und der UNO-Charta bieten. Dieses internationale Grossereignis wird auch Thema der Session sein. Die Schweiz kann sich hier von ihrer besten Seite zeigen und ihre guten Dienste anbieten.



**Christian Steiner, Fraktionssekretär FDP.** Die Liberalen und wissenschaftlicher Mitarbeiter UREK, GPK, IK und LPK

# Die FDP Frauen vs Die Mitte

Der grosse Kampf um eine gerechte Besteuerung!

Am 7. September 2022 wurde die von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz lancierte Initiative für die Individualbesteuerung («IIB») und somit für eine zivilstandsneutrale Besteuerung eingereicht. Die Individualbesteuerung würde mitunter zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe führen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat bereits einen indirekten Gegenvorschlag zur IIB ausgearbeitet. Die IIB und der indirekte Gegenvorschlag werden derzeit in den nationalen Räten beraten.



Die Mitte

BLAY BLAY

Jetzt doppelt aber die Mitte mit einer eigenen Initiative zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe nach.

Bei ihrem Vorgehen werden verheiratete Paare weiter bevorzugt und Konkubinatspaare und Patchworkfamilien hätten das Nachsehen.

GOOPS!

Ein Beispiel...

Josy und Paul leben im Einverdienermodell. Sie arbeitet, er schaut zuhause nach dem Rechten.

Josy verdient CHF 150'000. Beim Splittingmodell der Mitte würde für den anwendbaren Steuertarif die Hälfte des Einkommens berücksichtigt werden.

BOSS!

HUH?!

GOOPS!

WHAT?

Ist sie verheiratet, versteuert sie ihr Einkommen für die Bundessteuer zu 0.5%. Unverheiratet wären es 3.4%.

Die Heirat macht also einen Unterschied von ca. CHF 5'000 bei der Bundessteuer.



**Jetzt die Individualbesteuerung unterstützen!**

**Werde Teil unseres Unterstützungskomitees!**

Mehr Informationen unter [www.fdp-frauen.ch](http://www.fdp-frauen.ch) oder [www.individualbesteuerung.ch](http://www.individualbesteuerung.ch)  
Autorinnen: Florence Pärli und Flavia Aebli



# Warum bist du in der FDP?

Wir haben nachgefragt

Neun Mitglieder der FDP erzählen, warum sie sich für die FDP entschieden, und teilen persönliche Überzeugungen, welche sie auf diesen politischen Weg führten.



**Julia Cotti, Neokantonsrätin Schwyz**

«Bereits als Jugendliche realisierte ich als Teilnehmerin an der eidgenössischen Jugendsession, dass die zunehmende Polarisierung die Schweiz nicht weiterbringt. Ich entschied mich folglich wegen dieses prägenden Ereignisses und auch wegen der Werte – Freiheit, Gemeininn und Fortschritt – für die FDP und trat mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen bei.»



**Rafaela Hug, Gemeinderätin von Glarus Süd**

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil sie sich konsequent für die Freiheit und Eigenverantwortung einsetzt. Hierbei handelt es sich um politische Grundsätze, die in der heutigen Zeit besonders wichtig sind. Des Weiteren überzeugte mich schon früh, dass sich die FDP für eine offene und liberale Gesellschaft einsetzt, in der jeder sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten kann.»



**Roman Schöll, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz**

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil hier Leistung nicht nur geschätzt, sondern auch aktiv gefördert wird. Nationale und internationale Begegnungen auf Augenhöhe für die gemeinsamen Ziele und Werte runden die Arbeit ab.»



**Anna-Sophia Spieler, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Stadt Luzern**

«Mir ist eine lösungsorientierte Konsenspolitik besonders wichtig. Dabei sollte jede Person die Freiheit haben, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund bin ich Mitglied im FDP-Team geworden.»



**Georg Simmen, Landrat Kanton Uri**

«Ich habe mich zu Beginn meiner politischen Karriere für die FDP entschieden, weil ich von den Prinzipien des Liberalismus überzeugt bin. Ich schätze an dieser Partei die offene Diskussionskultur und den Fokus auf pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.»



**Daniel Gruber, Kantonalpräsident Zug**

«Ich engagiere mich als neuer Zuger Kantonalpräsident für den freisinnig geprägten Liberalismus, der auf dem Leistungsprinzip beruht! Mit offenem Visier, klaren Worten und persönlichem Beispiel stehe ich ein gegen die Kontrollwut des Staates sowie die zunehmende Gleichgültigkeit der Individuen. Denn: Versiegt der Quell der bürgerlichen Tugend, findet man nur noch Untertanen, aber keine Bürger mehr!»



**Sarah Fuchs, Kantonsrätin im Bezirk Meilen**

«Die FDP ist die einzige Partei, die sich für liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen einsetzt. Sie steht für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und marktwirtschaftliche Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik ein. Ich bin überzeugt, dass die Weichen für eine liberale Zukunft heute gestellt werden müssen. Mit meinem politischen Engagement als Kantonsrätin leiste ich meinen Beitrag dazu und will Antrieb für andere sein, sich ebenfalls für die Gesellschaft zu engagieren.»



**Muriel Frei, Vorstandsmitglied, Kommunikationsverantwortliche Jungfreisinnige Appenzell Ausserrhoden**

«Vor sechs Jahren stand ich mit der Wahl in den Gemeinderat vor der Entscheidung, welcher Partei ich beitreten möchte. Für mich war klar: Die FDP vertritt ein liberales Gedankengut, das meine persönliche Einstellung widerspiegelt. Ausserdem setzt sich das FDP-Team für eine nachhaltige Politik ein, die nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Begrenzung der Schuldenlast im Fokus hat und unser einzigartiges Bildungs- und Innovationssystem fördert.»



**Thomas Leu, Vorstandsmitglied der FDP Bäretswil**

«Als Ökonom bin ich daran gewöhnt, all die tollen Vorschläge aus der Politik zu Ende zu denken. Dabei stellt sich oft heraus, dass gut gemeinte Ansätze das Gegenteil von dem bewirken können, was die ursprüngliche Absicht dahinter war. In der FDP fühle ich mich nicht in einer Ideologie gefangen, sondern darf die Themen offen diskutieren und um Lösungen ringen. Die Effizienz des Marktes mit einem klar ordnenden Staat, der faire Spielregeln setzt, ist für mich das Erfolgsmodell der Schweiz. Die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind nötiger denn je und dienen als Kompass für die Entscheidungsfindung.»



Bild: Michel Lüthi/bilderwerft.ch

Podium mit Beat Habegger und Raphaël Karlen zusammen mit freisinnigen Stadtvertretern anlässlich des FDP Urban Forums 2023 in Zürich. Bild: FDP Urban



# Die Städte als «Zünglein an der Waage»

Libérale Perspektiven für die urbane Politik

In den Städten werden viele politische Weichen gestellt. Und auch der Wahlerfolg auf kantonaler und nationaler Ebene hängt oft von der Stärke in den Städten ab. Deshalb haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz 2018 zu FDP Urban zusammengeschlossen. Seither konnten verschiedene Projekte in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Smart-City realisiert werden. Jüngstes Beispiel ist die Petition «Einen Stock höher bauen».

FDP Urban ist eine Initiative der FDP-Stadtparteien der grösseren Schweizer Städte mit dem Ziel, eine liberale Städtepolitik zu fördern. Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten. Zudem wollen wir die FDP-Stadtparteien untereinander vernetzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

«Die Städte sind oft «das Zünglein an der Waage» bei politischen Entscheidungen». Dies gilt nicht nur für die kommunale Ebene. Auch der Wahlerfolg in den Kantonen und im Bund hängt oft von der Stärke in den Städten ab.

### Städte als liberale Hochburgen

Für uns ist klar: Wir müssen eine liberale Städtepolitik fördern und die Städte zu Hochburgen der Freisinnigen machen. Wenn wir die Städte den Linken überlassen, wirkt sich dies längerfristig auch auf die kantonale Politik aus. Oder anders gesagt: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit freisinnige Stadtpolitik gelingt.

### «Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

Nebst einer Resolution zur Mobilität in den Städten legte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz im Oktober 2023 einen 6-Punkte-Plan mit dem Titel «Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

gegen die Wohnungsknappheit vor. Denn in den Städten gibt es viel zu wenige Wohnungen. Das Angebot kann nicht mit der starken Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum Schritt halten. Um die Lebensqualität in den Städten zu sichern, sind gleichzeitig bestehende Grünräume zu schützen. Deshalb muss die Verdichtung in die Höhe und nicht nur in die Breite gehen, zumal es in den Städten keine «grünen Wiesen» mehr gibt, die sich für grosse Überbauungen eignen.

### Stockwerkerhöhung als Lösungsansatz

In der Stadt Genf gilt schon seit 2008, dass Wohngebäude in gewissen Zonen um ein oder zwei



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban

«Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten.»



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban



Christian Wasserfallen, Simone De Montmollin und Raphaël Karlen bei der Präsentation der Petition «Ein Stock höher». Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Stockwerke erhöht werden können. Von den dort gesammelten positiven Erfahrungen sollen nun auch andere Schweizer Städte profitieren. So hat zum Beispiel die FDP Stadt Zürich jüngst eine Volksinitiative lanciert. Und auch weitere Städte, darunter auch die Stadt Bern, planen entsprechende Vorstösse und Initiativen für eine liberale Wohnraumentwicklung.

Im April 2024 entwickelte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz die Petition «Ein Stock höher», welche mit der Genfer Nationalrätin Simone De Montmollin und dem Berner Nationalrat Christian Wasserfallen den Medien vorgestellt wurde. Die breite mediale Berichterstattung zeigt, dass wir mit «Einem Stock höher» einen Lösungsansatz für ein drängendes Thema vorgeschlagen haben.

#### Stärkung des Netzwerkes

Dies bestärkt uns in der Weiterentwicklung von FDP Urban. Wir wollen vermehrt mit der FDP Schweiz zusammenarbeiten und das Netzwerk unter den Städten ausbauen. Und wir organisieren

auch dieses Jahr Veranstaltungen, wie etwa das FDP Urban Forum, das dieses Jahr im Mai zum Thema «Drogen und illegale Substanzen: Herausforderungen und Antworten» stattfand.



Beat Habegger & Raphaël Karlen  
Leitungsgremium FDP Urban

Mehr zur Wohnungspolitik der FDP:  
[www.fdp.ch/wohnung](http://www.fdp.ch/wohnung)

Die Petition «Ein Stock höher» unterschreiben:  
[www.einen-stock-hoeher.ch](http://www.einen-stock-hoeher.ch)

#### Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiativen, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz zu FDP Urban zusammengeschlossen. Mitwirkung ist für alle interessierten FDP-Stadtparteien möglich.

Wir freuen uns auf neue Mitglieder und viele kluge Köpfe.

[www.fdp-urban.ch](http://www.fdp-urban.ch)

Symbolbild: Adobe Stock



# Rahmenbedingungen für innovative KMU

Interview mit Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger, Nationalrätin für den Kanton Baselland und Vizepräsidentin der FDP.Die Liberalen-Fraktion sowie Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv), spricht über die aktuellen Herausforderungen und Chancen für die Schweizer KMU.

### Wie steht es um die KMU in der Schweiz?

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erhalten die Schweizer Wirtschaft am Leben und sind ein entscheidender Faktor für unseren Wohlstand. Sie bleiben das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die rund 550 000 KMU mit 1 bis 250 Beschäftigten geben über 3 Millionen Menschen Arbeit – also mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmenden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten bilden die KMU einen unverzichtbaren Puffer. Dank ihrer Innovationskraft und Flexibilität konnte unser Land bereits verschiedene Krisen meistern.



Daniela Schneeberger im Gespräch mit Beat Walti und Karin Keller-Sutter. Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

### Welche Herausforderungen müssen Schweizer KMU aktuell meistern?

Die grösste Herausforderung ist nach wie vor eine zunehmende überbordende Regulierung. Die administrative Belastung unserer Betriebe ist viel zu gross und verursacht jährliche Kosten von rund 70 Milliarden Franken, was rund 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht. Ein Dauerthema für KMU ist die Berufsbildung. Diese muss gegenüber der akademischen Bildung weiter gestärkt werden. Digitalisierung und Nachhaltigkeit stellen für KMU weitere, nicht unwesentliche Herausforderungen dar.

### Wie kann sich die FDP.Die Liberalen für die KMU einsetzen?

Die FDP kämpft für eine Entlastung unserer Unternehmen. So setzen wir uns beispielsweise für eine einfachere Lohnadministration und die Liberalisierung der Arbeitsvorschriften ein. Ich meine, wir sollten auch den Mut haben praxisfremde und administrativ aufwendige Gesetze zu eliminieren. Derzeit aktuelle Themen sind Sammelklagen, die zu Ungunsten der Unternehmen eingereicht werden, oder die drohende Übernahme des EU-Gewährleistungsrechts.

«Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.»

### Welche Anliegen der KMU konnten Sie bereits im Parlament erfolgreich durchsetzen?

Die Modernisierung des Arbeitsrechts an die heutigen und absehbaren Realitäten ist im Gang. Beispiele sind, dass Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein sollen oder generell mehr Gestaltungsfreiheit bei der Arbeit im Homeoffice. Beides sind Vorstösse aus der FDP-Fraktion. Das Zollverfahren wurde modernisiert und die Industriezölle wurden abgeschafft.

### Wie gross ist die Problematik des Fachkräftemangels, wie kann man dem entgegenwirken?

Es wird zunehmend schwieriger, Ingenieure, Informatiker und Fachleute im Gesundheitswesen und in der Gastronomie zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, dass wir die entsprechenden Bildungswege in unserem Land fördern. Unser duales Berufsbildungssystem bietet hier gute Chancen. Der Weg der dualen Berufsbildung ist zu stärken, und zwar auch auf dem Weiterbildungsweg.

### Welche Rahmenbedingungen braucht es für KMU, damit sie innovative Produkte und Dienstleistungen hervorbringen?

Es braucht einen unkomplizierten Zugang zu Investitionskapital, eine moderne Infrastruktur, hervorragend ausgebildete Fachkräfte und interessante steuerliche Rahmenbedingungen. Und auch hier muss der Grundsatz gelten: Gestalten statt verwalten. Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.



Severin Thoma, Praktikant im Generalsekretariat

Jonas Lüthy, neugewählter Präsident der Schweizer Jungfreisinnigen.



# Die Schuldenbremse als Bollwerk des Generationenvertrags

Schuldenbremse unter Beschuss

Die Schuldenbremse steht unter linkem Dauerbeschuss, das ist nichts Neues. Während der finanzpolitische Schulterschluss der Bürgerlichen die Angriffe aber bisher unisono abwehren konnte, scheint diese Front nun zu erodieren.

Unlängst wurde bekannt, dass Teile der Mitte-Partei nun auch finanzpolitisch den Pfad der Tugend verlassen haben und die Schuldenbremse mit einer ausserordentlichen Finanzierung für die Nachrüstung der Armee und die Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine auszuhebeln versuchen.

### Kommende Generationen haben das Nachsehen

Da der Bundeshaushalt ohnehin bereits unter Druck steht, droht ein Verteilungskampf. In diesem Umfeld ist es selbstredend keine einfache Aufgabe, im Bundeshaushalt genügend Spielraum zu schaffen, um die zwingend notwendige Wehrfähigkeit der Armee wiederherzustellen. Aufgrund dessen jedoch die Schuldenbremse zu torpedieren, ist in verschiedener Hinsicht fehlgeleitet. Einerseits würde damit sinnbildlich der Damm brechen, um später weitere Ausgaben an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen, andererseits täuscht nichts über die Tatsache hinweg, dass bei neuen Schulden letztendlich immer die nächsten Generationen das Nachsehen haben.

Bei den Bundesausgaben muss der Rotstift angesetzt werden

Zweifelsohne hat Sicherheit als zentrale Staatsaufgabe einen hohen Stellenwert für die freie Schweiz. Mit Blick auf die nächsten Generationen ist aber zu bekräftigen, dass bevor über eine Finanzierung mit Lockerungen im Schuldenregime oder neue Steuern und Abgaben diskutiert wird, es vielmehr an der Zeit wäre, bei den Bundesausgaben den Rotstift anzusetzen. Handlungsbedarf gibt es reichlich, namentlich beim Personalaufwand, der Landwirtschaft oder im Kulturbereich. Der ungebrochene Einsatz der liberalen Kräfte für die Schuldenbremse ist wichtig – beginnt jene zu bröckeln, bröckelt der Generationenvertrag gleich mit.



Jonas Lüthy  
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Wechsel in der Präsidentschaft:  
Danke für alles, Matthias, willkommen Jonas!

Ende März trafen sich die Jungfreisinnigen in Zürich zu ihrem Jahreskongress. Auf dem Programm standen zahlreiche Stellungnahmen zu den bevorstehenden Abstimmungen, Diskussionen über die Rolle des öffentlichen Dienstes, aber auch die Neubesetzung des Präsidiums. Matthias Müller, der die Partei seit über vier Jahren leitete, wurde verabschiedet und ihm für seine Arbeit herzlich gedankt. Jonas Lüthy wurde zum neuen Präsidenten gewählt und übernahm die Führung der Partei. Der 21-jährige Basler studiert Rechtswissenschaften an der Universität Freiburg und will die liberalen Werte durch effektive Kampagnen weitertragen. Wir wünschen ihm viel Erfolg!



Gabrielle de Simone  
Geschäftsführerin Jungfreisinnige Schweiz

Thierry Burkart im Interview. Bild: FDP Schweiz



«Ich bin nach wie vor  
felsenfest davon  
überzeugt, dass der  
sorgfältige Umgang  
mit Finanzen  
entscheidend ist  
für den Wohlstand  
in diesem Land.»

«Ich bin nicht bereit, unsere Seele  
für kurzfristige Gewinne zu opfern.»

Thierry Burkart im Interview

Der FDP-Präsident Thierry Burkart will die Bundesfinanzen wieder gesundsparen, koste es ihn politisch, was es wolle.

**Herr Burkart, im Parlament wird versucht, höhere Ausgaben für die Armee und für den Wiederaufbau der Ukraine an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen. Bis jetzt sind keine FDP-Parlamentarier in diesen Kuhhandel verwickelt. Das muss Sie beruhigen.** Die Position der FDP ist klar. Wir wollen dem Verfassungsauftrag gerecht werden und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz stärken – deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Armee ab 2030 ein Prozent des Bruttoinlandprodukts erhält. Aber auch die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Verfassungsauftrag ...

**... der für die Mitte-Partei offensichtlich nicht mehr zählt.** Die beteiligten Mitte-Parlamentarierinnen erweisen sich als Steigbügelhalterinnen von Cédric Wermuth. Die Linke will mit einer als «Paket» getarnten 15-Milliarden-Verschuldung die Schuldenbremse demolieren, Sparleistungen verhindern und erst noch die Hilfe für die Ukraine zusätzlich zu den Geldern für die Entwicklungshilfe finanzieren. Wir werden beides bekämpfen. Mit neuen Schulden löst man keine Probleme.

**Die «Aargauer Zeitung» hat sinngemäss geschrieben, die FDP unter Ihnen sei die einzige Partei auf der ganzen Welt, die sich noch fürs Sparen statt fürs Geldausgeben ausspreche. Wer in der Politik spart, macht sich unbeliebt. Das sind keine guten Voraussetzungen, um verlorene Stimmen zurückzugewinnen.**

Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land. Nur weil diese zentralen Werte vergessen werden, heisst das nicht, dass sie nicht mehr richtig sind. Ich bin nicht bereit, unsere Seele für Klientelpolitik und für kurzfristige Gewinne zu opfern und damit die Zukunft unseres Landes zu gefährden.

**Die 13. AHV-Rente kostet 4 bis 5 Milliarden jährlich. Ihre Partei sagt kategorisch Nein zum Vorschlag des Bundesrates, zur Finanzierung die Lohnbeiträge oder die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SP wirft Ihnen offene Verachtung des Volkswillens vor.**

Die Aufregung der SP ist gekünstelt. Es steht ausser Frage, dass die 13. AHV-Rente ab 2026 aus-

bezahlt wird. Die Gegenfinanzierung hat die Initiative aber offengelassen, und sie muss daher politisch ausdiskutiert werden. Auch hier gilt dasselbe wie bei der Armee: Wir sind nicht bereit, jetzt einfach über zusätzliche Steuern und Abgaben auf Kosten des werktätigen Mittelstandes zu reden, bevor man nicht ernsthaft prüft, wo man sparen kann. Wir unterstützen den Bundesrat darin, eine strukturelle Reform der AHV vorzubereiten. Es braucht eine umfassende Auslegeordnung zur AHV und keinen Schnellschuss. Die zuständige Nationalratskommission teilt diese Haltung. Die 13. AHV-Rente wird ab 2026 ausbezahlt, die AHV rutscht ohne Zusatzfinanzierung ruckzuck ins Minus. Wir können die zusätzlichen Ausgaben während einer beschränkten Zeit zulasten des AHV-Fonds finanzieren. Diese Zeit müssen wir uns nehmen, damit wir eine verantwortbare und ehrliche Dauerlösung zimmern können. Wir müssen die AHV gesamthaft ansehen und erst dann Entscheide fällen.

Gekürzte Version des in der NZZ erschienenen Interviews vom 6. Mai 2024

KOLUMNE

## Wir brauchen nachhaltige Reformen!

Beim Zustandekommen der 13. AHV spielten die Medien eine grosse Rolle. Es war schwierig, einer Stimmbevölkerung die finanziellen Konsequenzen einer 13. AHV-Rente zu verdeutlichen, deren Meinung im Laufe der Wochen durch eindringliche und berührende Medienberichte geprägt worden war. Die Ausgangssituation wurde teilweise korrekt dargestellt, aber nicht die Lösung, und vor allem nicht die Konsequenzen der als ideal angepriesenen Lösung.

Die Reform der zweiten Säule dagegen ist eine echte Verbesserung. Denn sie ist eine Lösung mit einem nachhaltigen Finanzierungsvorschlag. Sie reduziert den Beitragssatz um zwei Prozent und verringert somit die Belastung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Zudem ermöglicht sie Menschen, die mehrere Jobs oder ein bescheidenes Einkommen haben, Zugang zur zweiten Säule. Diese Reform verbessert die



Altersvorsorge für über hunderttausend Menschen und verringert, durch die Reduzierung des

Umwandlungssatzes, die Umverteilung von etwa sechs Milliarden Schweizer Franken zwischen den Generationen.

Einige werden sagen, dass diese Lösung nicht ideal ist. Ich möchte aber nicht zulassen, dass eine weitere Generation ohne zweite Säule in Rente gehen wird. Eine zusätzliche Rente jeden Monat aus der zweiten Säule verändert den Alltag viel mehr als eine 13. Rente am Ende des Jahres. Es ist keine Idealvorstellung, es ist eine Verbesserung und eine notwendige Verbesserung.

Obwohl griffige Slogans bei komplexen Themen oft einfacher sind, erfordert echte Verbesserung grundlegende Reformen. Ich werde mich für eine nachhaltige Reform der zweiten Säule einsetzen. Hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

**Johanna Gapany, Ständerätin FR und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz**

**Verpasse nie wieder spannende Updates!**

**Jetzt dem WhatsApp-Kanal der FDP Schweiz beitreten**



# Parolenspiegel

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

**Prämien-Initiative**



NEIN

**Kostenbremse-Initiative**



NEIN

**Impfpflicht-Initiative**



JA

**Stromgesetz (Mantelerlass)**